

NIEDERSCHRIFT

der 15. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Umwelt der Stadtvertretung Altentreptow

Sitzungstermin: Mittwoch, 14.06.2017

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr

Sitzungsende: 20:00 Uhr

Ort, Raum: im Rathaussaal in 17087 Altentreptow, Rathausstraße 1,

Mitgliederzahl: 7

Anwesende:

Mitglieder

Herr Christian Sorge
Herr Heiko Werner
Herr Bernhard Wichmann
Herr Eckhard Kruse
Herr Jens Weinerowski

Stadtvertreter

Frau Silva Keitsch

Einwohner

8 Einwohner

Verwaltung

Herr Volker Bartl
Frau Claudia Ellgoth
Frau Silvana Knebler

Gäste

Herr Köth, Architekt
Herr Michael Meißner, Baukonzept Neubrandenburg

Presse

Frau Gudat

Abwesende:

Mitglieder

Herr Alexander Friese
Herr Thomas Weigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Anwesenheit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Bauausschusses vom 22.03.2017
4. Einwohnerfragestunde
5. Beantragung von Fördermitteln für die Sanierung der roten Schule, Schulstraße 22 **01/BV/700/2017**
6. Bebauungsplan Nr. 18 "Wohngebiet Ganzkower Weg" **01/BV/695/2017**
hier: Beschluss über die Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) und der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) sowie Satzungsbeschluss
7. Beschlussfassung zur Aufstellung **01/BV/696/2017**
des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 19 "Solarpark Thalberg"
8. 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Altentreptow **01/BV/698/2017**
für den Bereich "Solarpark Thalberg"
hier: Beschluss zur Aufstellung
9. Bebauungsplan Nr. 20 der Stadt Altentreptow "Tollensepark Altentreptow" **01/BV/699/2017**
im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss
10. Verfahrensweise B-Plan an der Meldorfer Straße **01/MV/697/2017**
11. Antrag der CDU- Fraktion: **01/BV/692/2017**
Präsentation der historischen Spruchbalken für die Bürger und Gäste der Stadt Altentreptow
12. Sanierung der Altstadt Altentreptow - hier Förderung **01/BV/694/2017**
Turmsanierung der St. Petri Kirche
13. Anfragen
14. Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Anwesenheit

Die Sitzung des Bauausschusses wird von Herrn Sorge eröffnet.

Die Mitglieder des Ausschusses wurden durch Einladung vom 02.06.2017 auf Mittwoch, 14.06.2017, 18:30 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen.

Gegen die ordnungsgemäße Ladungsfrist werden keine Einwände erhoben.

Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung wurden öffentlich bekannt gemacht.

TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung

Es werden keine Änderungsanträge zur Tagesordnung gestellt.

TOP 3

Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Bauausschusses vom 22.03.2017

Die Sitzungsniederschrift vom 22.03.2017 wird genehmigt.

Ja-Stimmen	4
Nein-Stimmen	-
Enthaltungen	-

Herr Kruse ist noch nicht anwesend.

TOP 4

Einwohnerfragestunde

Frau Schulze

Am Sonntag fand die Übergabe der ersten Denkmalbeschilderung an der Kirche statt. Sie fragt, warum die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Denkmalroute“ und der Heimatverein nicht eingeladen worden sind. Sie hat mehrfach im Bauamt angerufen und dort nur die Auskunft erhalten, dass Frau Kmietzyk krank sei. Zur Sitzung der Arbeitsgruppe kamen nur zwei Mitglieder. (Frau Schulze und Frau Kmietzyk)

Herr Röhle

Am Freitag fand am Garagenkomplex „Aldi“ eine Zusammenkunft der Pächter und Garagenmieter statt. Die 39 Garagenpächter/mieter sind der Auffassung, dass der Standort für eine Kita nicht geeignet ist. Die Kündigung der Pacht- und Mietverträge zum 31.12.2017 finden sie nicht gut. Sie möchten wissen, ob die Stadtvertreter darüber informiert sind.

Herr Bartl antwortet:

Der Hauptausschuss wurde auf seiner letzten Sitzung informiert, dass Vorort ein Gespräch mit den Grundstückspächtern/mietern stattfinden soll. Die Kündigung der Pachtverträge erfolgt vorsorglich. Die Kündigungsfrist beträgt ein halbes Jahr. Der Interessent möchte 2018 bauen. Aus diesem Grunde soll vorsorglich gekündigt werden. Es wird hierzu noch in der Stadtvertretung beraten.

Herr Bartl hat die Pächter/Mieter informiert, dass er Ihnen ein Kaufangebot unterbreiten wird. Dies setzt jedoch voraus, dass alle 39 Pächter bereit sind zu kaufen. Damit der Garagenkomplex als Ganzes verkauft werden kann.

Ein Angebot vom Vermesser wird bereits eingeholt. Wenn das Angebot vorliegt, werden die Kosten für die Garagengrundstücke berechnet und den Pächtern/Mietern mitgeteilt.

Herr Röhle fragt:

Bleibt die Kündigung auch bestehen, wenn der Träger der Kita abspringt? Der Zustand der Garagen würde sich dann verschlechtern. Die Pächter/Mieter werden nur was an den Garagen machen, wenn sie wissen, dass sie die Garagen behalten können.

Herr Bartl antwortet:

Dies macht nur Sinn, wenn Grund und Boden mit den Garagen zusammengeführt wird. Kostenangebot vom Vermesser zuzüglich 30 € /m² ergeben das Kaufangebot. Herr Bartl hat die Pächter/Mieter auch informiert, dass wenn Interesse besteht, die Möglichkeit genutzt werden kann, bei der GWA Carportplätze zu erwerben. Auch die Stadt wird sich bemühen, Garagen, die frei werden, zur Verfügung zu stellen.

Es wurden bereits 77 Garagen vom Markt genommen. Wer dringend einen Garagenplatz benötigt, kann sich an die Stadt wenden. Die Stadt hat bereits Kontakt mit Herrn Witt und auch mit dem Landkreis MSE aufgenommen, um Garagen zur Verfügung zu stellen.

Aus Sicht der Wirtschaftsförderung bin ich daran interessiert, dass hier eine 24 Stunden Kita gebaut wird. Dem Träger wurden auch andere Grundstücke angeboten. Diese entsprachen nicht den Vorstellungen des Trägers.

Ich muss auch erwähnen, dass entgegen der Regelung im Pachtvertrag, die Garagen nicht immer als Stellplatz für Pkw genutzt werden und dass auch ohne Erlaubnis eine Unterverpachtung erfolgt.

Ich habe das Gespräch mit den Pächtern/Mietern gesucht und stehe für ein Gespräch nach Terminabsprache zur Verfügung.

Frau Dittmann, Karlsplatz

Sie hat mit ihrem Mann 2006 in Altentreptow am Karlsplatz ein Haus gekauft. Das Haus befindet sich in verkehrsruhiger Lage. Ihnen war bekannt, dass auf dem Nachbargrundstück ein alteingesessener Betrieb seine Betriebsstätte hat.

Der Betrieb hat sich erweitert und nun sind sie nicht mehr so gern Eigentümer des Hauses. Die Lärmbelästigung ist unerträglich. Frau Dittmann spielt eine Aufnahme vom Handy ab. Insbesondere in der Zeit von 23.30 Uhr bis 0.30 Uhr werden die Lkw's mit Kisten beladen. Ihr Schlafzimmer liegt zur Betriebsstätte. Bei offenem Fenster schlafen ist nicht mehr möglich. Wassertanks und Kühlaggregate wurden neu aufgestellt. Eine Nutzung des Raumes als Schlafzimmer ist nicht mehr möglich.

Warum wird der Betrieb nicht ausgegliedert? Warum wird für die Erweiterung die Genehmigung erteilt?

Mitte Mai hat sie bei Herrn Brüser das Problem vorgestellt. Ihr wurde innerhalb von 14 Tagen eine Antwort zugesichert. Eine Antwort liegt bis heute nicht vor. Der Landtagsabgeordnete Herr Krüger hat ihr empfohlen, zur Stadtvertretung zu gehen.

Frau Rosenau bestätigt die Lärmbelästigung.

Frau Ellgoth antwortet:

Der Sachverhalt wurde ordnungsgemäß beantwortet. Herr Brüser hat den Sachverhalt zuständigkeitshalber an das Umweltamt des LK MSE weitergeleitet. Das Schreiben müsste Ihnen auch vorliegen. Die zuständige Mitarbeiterin des Umweltamtes hat sich Vorort bereits ein Bild gemacht und mitgeteilt, dass sie den Vorgang an das STALUM gemeldet hat, da der Betrieb mit einer BIMSCH Genehmigung arbeitet.

Es ist sehr hilfreich, dass Frau Dittman Lärmprotokolle geführt hat, dadurch lässt sich die Bearbeitung vielleicht beschleunigen. Frau Ellgoth bittet Frau Dittmann nach der Sitzung auf sie zu warten. Sie erhält dann eine Telefonnummer der zuständigen Mitarbeiterin, an die sie sich wenden kann.

Frau Rosenau teilt mit:

Das der Grünstreifen in der Demminer Straße sehr schmutzig und ungepflegt ist. Das Unkraut wächst bis auf die Straße.

TOP 5

Beantragung von Fördermitteln für die Sanierung der roten Schule, Schulstraße 22

Vorlage: 01/BV/700/2017

Herr Sorge stellt die Vorlage vor.

Herr Köth hat an die BA Mitglieder einen Grundriss der Neugestaltung des Obergeschosses der ehemaligen Grundschule verteilt. Er erläutert den Grundriss. Die Aula soll als Veranstaltungsraum erhalten bleiben. Es entstehen sieben Räume ein Sanitärtrakt und eine Teeküche. Die Räumlichkeiten sollen den Vereinen zur Verfügung gestellt werden. Am Eingang zur Bibliothek bis zum Obergeschoss wurde ein Fahrstuhl mit Glasfassade von außen geplant. Bei der Kostenermittlung wurde von der teuersten Variante ausgegangen. Ende des Monats wird es einen Termin Vorort mit der Denkmalbehörde geben, die zum Fahrstuhlumbau ihre Zustimmung erteilen muss. Danach entscheidet sich, welche Fahrstuhlvariante genehmigt wird.

Die beigefügte Kostenschätzung bildet die Grundlage für die Beantragung der Fördermittel. Die Antragstellung muss bis Ende August erfolgen.

Herr Sorge fragt: Die Aula soll als Veranstaltungsraum hergerichtet werden?

Herr Köth antwortet: Ja.

Herr Wichmann fragt: Der Aufzug kommt auf die Seite, wo die Treppe ist?

Herr Köth antwortet: Am Eingang zur Bibliothek/Giebel.

Herr Kruse fragt: Könnte man den Aufzug nicht nach hinten verlegen?

Herr Köth antwortet: Das geht anbindungstechnisch nicht und die Bibliothek soll mit eingebunden werden.

Herr Kruse fragt: Der Aufzug sieht so klein aus?

Herr Köth antwortet: Er hat eine normale Größe.

Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	-
Enthaltungen	-

Der Bauausschuss empfiehlt die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung.

TOP 6

Bebauungsplan Nr. 18 "Wohngebiet Ganzkower Weg"

hier: Beschluss über die Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) und der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) sowie Satzungsbeschluss

Vorlage: 01/BV/695/2017

Herr Sorge stellt die Vorlage vor. Herr Meißner steht für Anfragen zur Verfügung.
Es gibt keine Fragen.

Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	-
Enthaltungen	-

Der Bauausschuss empfiehlt die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung.

TOP 7

Beschlussfassung zur Aufstellung

des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 19 "Solarpark Thalberg"

Vorlage: 01/BV/696/2017

Herr Sorge stellt die Vorlage vor.

Herr Meißner ist im Saal und kann Fragen beantworten.

Herr Wichman fragt: Soll das Grundstück komplett mit Solarmodulen versehen werden oder nur die Gebäude?

Herr Meißner antwortet: Ein Teil der Gebäude bleibt stehen. Auch auf einer Teilfläche werden Solarmodule aufgebaut. Die Module sollen pultartig aufgestellt werden etwa 1 bis 3 Meter über Gelände in Richtung geneigt aufgestellt werden. Eine Versiegelung von 0,4 bis 0,5 der Grundstückfläche ist vorgesehen.

Herr Kruse fragt: Wie weit ist das einzusehen.

Herr Meißner antwortet: Die Module sind nicht direkt von der Straße zu sehen. Es besteht bereits ein Heckenwuchs, der erhalten werden soll. Nicht voll einsehbar.

Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	-
Enthaltungen	-

Der Bauausschuss empfiehlt die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung.

TOP 8

8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Altentreptow für den Bereich "Solarpark Thalberg"

hier: Beschluss zur Aufstellung

Vorlage: 01/BV/698/2017

Herr Sorge stellt die Vorlage vor.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Ja-Stimmen 5

Nein-Stimmen -

Enthaltungen -

Der Bauausschuss empfiehlt die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung.

TOP 9

Bebauungsplan Nr. 20 der Stadt Altentreptow "Tollensepark Altentreptow" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB

hier: Aufstellungsbeschluss

Vorlage: 01/BV/699/2017

Herr Sorge stellt die Vorlage vor.

Herr Wichmann fragt: Bei dem Gewerbegebiet Tollensepark handelt es sich um das bebaute Gebiet mit EDEKA. Was kostet der B-Plan? Wieviel Aufwand müssen sie betreiben und nach welchen Maßstäben werden die Kosten ermittelt?

Herr Meißner antwortet: Die Aufstellung des B-Planes wurde 1992 formell nicht beendet. Die erteilten Baugenehmigungen könnten rechtlich angefochten werden. Dieser Formmangel soll mit der Überarbeitung behoben werden. Des Weiteren soll der B-Plan den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden, d. h. auch andere Dienstleister sollen sich dort niederlassen können. Dies ist lt. jetzigem B-Plan nicht möglich.

Das Verfahren soll nach § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren durchgeführt werden. Dadurch werden die Kosten des Verfahrens minimiert.

Die Kosten der Planung werden entsprechend der HOAI für Architekten/Ingenieure berechnet. Darauf basiert das abgegebene Angebot.

Herr Wichmann fragt: Welche Aufgabenstellung liegt dem Angebot zu Grunde? Könnten die Kosten durch eine Reduzierung der Fläche minimiert werden?

Herr Meißner antwortet: Das Angebot wurde auf der Grundlage des bestehenden B-Planes (Fläche) erarbeitet.

Herr Kruse fragt: Warum wurde das Verfahren 1992 nicht zu Ende geführt?

Frau Ellgoth antwortet: Das entzieht sich unserer Kenntnis. Es sind bereits Dienstleistungen zugelassen worden, die nicht dem B-Plan entsprechen. Der LK MSE hat nunmehr mitgeteilt, dass auf der bestehenden Grundlage keine Baugenehmigung für andere Dienstleister erteilt werden kann. Der Handlungsbedarf ist jetzt gegeben.

Herr Kruse ist der Auffassung: das man die Innenstadt nicht vergessen darf. Wenn die Dienstleister in den Außenbereich abwandern, haben wir für die Innenstadt nichts erreicht. Eine Innenstadtbelebung sollte das Ziel sein.

Herr Werner fragt: Welche Konsequenzen sind aus dem Formmangel zu erwarten?

Frau Elloth antwortet: Es ist alles rechtswidrig, was bisher dort genehmigt wurde. Das Ausmaß kann gegenwärtig nicht definiert werden. Das was in der Stadt gelebt wird, dem sollten wir uns nicht verschließen.

Herr Werner sagt, dass ist doch aber über Jahre bereits so gelaufen.

Frau Elloth antwortet: Jetzt ist es aufgefallen und muss in Ordnung gebracht werden.

Herr Wichmann sagt: Der Haushalt darf in diesem Jahr mit diesen Aufwendungen nicht belastet werden. Ich werde dagegen stimmen.

Herr Weinerowski merkt an, dass man mögliche Schadensersatzansprüche, die sich daraus ergeben könnten, berücksichtigen muss. Der Handlungsbedarf besteht jetzt.

Herr Wichmann fordert die Verwaltung auf: mit dem LK MSE Rücksprache zu halten und eine Kompromisslösung gefunden werden sollte, die eine Kostenreduzierung beinhaltet. Der LK MSE soll schriftlich erklären, dass die B-Plan Änderung erforderlich ist. Diese schriftliche Aussage möchte er vorgelegt bekommen.

Ja-Stimmen	3
Nein-Stimmen	2
Enthaltungen	-

Der Bauausschuss empfiehlt die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung.

TOP 10

Verfahrensweise B-Plan an der Meldorfer Straße

Vorlage: 01/MV/697/2017

Herr Sorge stellt die Vorlage vor.

Herr Weinerowski sagt: In der Vorlage steht, der HA hat die Vorgehensweise gebilligt. Die Vorlage hätte im Vorab in den Ausschüssen zur Beratung gegeben werden müssen. Er regt an die Verfahrensweise zu überdenken. Er hat folgende Fragen:

Wieviel von den eingestellten Haushaltsmitteln wird benötigt? Ist schon etwas verbraucht? Hat die Stadt Zugriff auf die Grundstücke? Ist eine Refinanzierung angedacht? Hat sich der Eigentümer zu den Leitungsrechten geäußert?

Frau Knebler antwortet:

Von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wurden bereits 6.000 € in Anspruch genommen für das ornithologische Gutachten im Windeignungsgebiet West.

Was für den B-Plan benötigt wird, kann noch nicht konkret gesagt werden. Es wurden Angebote eingeholt. Kostenvoranschläge werden dem BA vorgelegt. Der LK MSE hat der Stadt jedoch empfohlen, zunächst die Träger öffentlicher Belange zu befragen und ein Immissionsgutachten einzuholen. Danach sollte eine Bauvoranfrage gestellt werden.

In diesem Areal ist die Stadt nur Eigentümer eines Grundstückes. Der Großteil befindet sich in Privateigentum. Die Abfrage der Träger öffentlicher Belange läuft gegenwärtig, auch zu den Leitungsrechten.

Herr Kruse sagt: Ich stimme dagegen. Die Innenstadt ist wichtiger.

Herr Weinerowski sagt: Es muss im Bauausschuss beraten werden. Es ist wichtig, dass eine Beteiligung erfolgt.

Herr Wichmann sagt: die Studie besagt, dass wir Eigenheimstandorte brauchen, nicht nur im Westen, sondern auch im Osten der Stadt sollten wir einen Eigenheimstandorte ausweisen. Wir brauchen diese für junge Familien und für das Wachstum.

Die Mitglieder des Bauausschusses nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 11

Antrag der CDU- Fraktion:

Präsentation der historischen Spruchbalken für die Bürger und Gäste der Stadt

Altentreptow

Vorlage: 01/BV/692/2017

Herr Sorge stellt die Vorlage vor.

Herr Wichmann sagt: er habe mit Herrn Schönherr den historischen Balken im Speicher besichtigt. Ich finde den Gedanken gut, den Balken zu präsentieren. Die Antragsteller sollten einen Förderverein gründen, die dann die Initiative ergreifen. Ein Projekt mit einer Kostenaufstellung erarbeiten und entsprechende Fördermittel z. B. über LEADER beantragen. Der Förderverein kann dann in Zusammenarbeit mit dem Bauamt der Stadt und der Stadtvertretung einen möglichen Standort vorschlagen. Ich bin nicht dafür, dass die Kosten für die Präsentation des historischen Balkens aus dem Haushalt der Stadt finanziert werden und auch nicht über den Heimatverein oder die Heimatpflege. Es ist nicht Aufgabe des Heimatvereins.

Herr Weinerowski bemängelt die Formulierung im Beschlussvorschlag. Er hätte es für gut befunden, wenn im Beschlussvorschlag, die Formulierung aus dem Antrag der CDU übernommen worden wäre.

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	2

Die Mitglieder des Bauausschusses empfehlen die Vorlage nicht zur Beschlussfassung in die Stadtvertretung.

Sanierung der Altstadt Altentreptow - hier Förderung Turmsanierung der St. Petri Kirche

Vorlage: 01/BV/694/2017

Herr Röske macht Ausführungen zum St. Petri Kirchturm und dessen Bedeutung. Er hat den Stadtvertretern einen Flyer mit Spendenaufruf, eine Chronik zu den Fördermitteln für die Sanierung die versucht wurden einzuwerben, sowie einen Förderantrag in Stichpunkten (siehe Anlage Protokoll) übergeben.

Der Kirchturm ist ein Denkmal von nationaler Bedeutung. Gewölbe und Dachstuhlisanierung wurden schon realisiert. Er bittet die Stadtvertreter, den Finanzierungsweg mitzutragen und die Turmsanierung zu ermöglichen.

Er bedankt sich bei den Stadtvertretern für die gute Zusammenarbeit und bietet ihnen an, im Rahmen eines Bauausschusses eine Kirchenführung zu organisieren.

Herr Bartl ergänzt die Ausführungen wie folgt:

Die St. Petri Kirche ist ein historisches Gebäude sondergleichen mit nationaler Bedeutung. Es wurden verschiedene Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten ausgelotet. Die Finanzierung über Städtebaufördermittel ist eine Möglichkeit, dass der Kirchturm gesichert und instandgesetzt wird. Es wurden verschiedene Gespräche mit Vertretern der Politik von Bund und Land geführt. Diese haben immer wieder bemängelt, dass der Denkmalschutz bei LEADER angesiedelt ist.

Herr Bartl macht Ausführungen zu den Kosten. Es sollen 430.000,00 € über Städtebauförderung bereitgestellt werden. Die Städtebauförderung wird 2019/2020 auslaufen. Es sollte versucht werden, diese Maßnahme noch darüber zu finanzieren.

In der Presse und auch über das Internet wurde ein Aufruf an die Bürger gemacht, dass Fördermittel zur Sanierung im Innenstadtbereich über die Städtebauförderung beantragt werden können. Alle, die bisher einen Antrag gestellt haben, werden auch Fördermittel erhalten. Trotz der hohen Förderung für die Kirche stehen och finanzielle Mittel für kleinteilige Maßnahmen zur Verfügung.

Die Städtebaufördermittel sollten für die Kirchturmsanierung eingesetzt werden. Der Kirchturm ist prägend für die Stadt Altentreptow.

Mit der Kirche wird auch ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen zur Sanierung des Gebäudes in der Hospitalstraße 12. Die Kirche wird damit verpflichtet, bis Ende 2019 die Sanierung dieses Objektes aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Damit können gleich zwei Objekte, die für das Stadtbild prägend sind, hergerichtet werden.

Herr Wichmann sagt: ich bin für die Förderung. Die Verwaltung muss alles daran setzen, um die erforderliche Anlagen und Dokumentationen für den Förderantrag zu erarbeiten und diese dem Fördermittelantrag beifügen. Dies ist eine Zuwendungsvoraussetzung. Auch Herr Röske muss seine Zuarbeit leisten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Kirche ist für das Gelingen erforderlich.

Voraussetzung ist auch, dass die Prioritätenliste und die Rahmenplanung angepasst bzw. dementsprechend geändert werden.

Auftrag an die Verwaltung: bis zur Beschlussfassung durch die Stadtvertretung, sollte allen Stadtvertretern der vollständige Antrag vorgelegt werden.

Herr Weinerowski regt an: dass der Bauausschussvorsitzende das Angebot von Herrn Röske für einen Kirchenführung annehmen sollte und einen entsprechenden Terminvorschlag unterbreiten sollte.

Auftrag an die Verwaltung: Ich möchte mein heutiges Sitzungsgeld an die Kirche für die Turmsanierung spenden.

Herr Kruse fragt: Was ist mit dem Turm? Ist der nicht mehr standfest?

Herr Röske antwortet: Die Nägel rosten weg und es fallen Schieferplatten runter. Dadurch könnte es auch zu Feuchtigkeitsschäden kommen. Der große Kostenfaktor ist das Einrücken.

Herr Kruse: Es geht nicht um das Bauwerk an sich?

Herr Röske antwortet: nein.

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

Der Bauausschuss empfiehlt die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung.

TOP 13 **Anfragen**

Herr Kruse fragt: Welche kleinteiligen Maßnahmen werden in diesem Jahr über Städtebauförderung realisiert?

Frau Knebler antwortet:

Unterbaustraße 16, Oberbaustraße 51-53, Oberbaustraße 56, Mauerstraße 17, Hospitalstraße 7 um einige aufzuzählen.

Herr Sorge fragt: Was wird mit dem Giebel in der Hospitalstraße?

Herr Bartl antwortet: Wir warten noch auf die Zuarbeit von Frau Lange. Die Rahmenplanerin wollte einen Vorschlag unterbreiten.

Herr Kruse fragt: Sollte die Baustelle dort in der Hospitalstraße nicht noch eingezäunt werden?

Herr Bartl antwortet: Dazu gibt es keine Veranlassung.

Herr Werner fragt: Was ist mit der Baumaßnahme Papenbeck?

Herr Bartl antwortet: Ich habe an der letzten Bauberatung teilgenommen. Die Maßnahme muss in offener Bauweise weitergeführt werden. Dies ist dem harten Untergrund, harter Ton und Steine, geschuldet. Ein Vortrieb der Bohrung und ein gleichzeitiges Einpressen der Rohre ist nicht möglich. Der Statiker führt gerade die Berechnungen aus, ob die Rohre standhalten. Die Bauabschnitte werden ausgetauscht. Die Vorbereitungen laufen. Die Baufirma hat auch signalisiert, dass es weitergehen kann. Der Zeitplan wird nicht einzuhalten sein.

Herr Kruse fragt: Welche Steingröße wurde gefunden?

Herr Bartl antwortet: Die Steine wurden mit der der Klasse 6 klassifiziert.

Herr Kruse fragt: Kein Findling?

Herr Bartl antwortet: Nein. Sind harte Stücke. Es ist eine schwierige Prozedur. Gegenwärtig wird die Kalkulation überprüft. Die Kosten werden steigen und es müssen neue Fördermittelanträge gestellt werden.

Herr Sorge sagt, dass die Bauruine in der Tollensstraße mit einem Bauzaun gesichert ist. Dieser ist unzureichend.

Auftrag an Verwaltung: Prüfung Bauzaun!

Herr Bartl informiert, dass Grundstück durch die Stadt beräumt wird.

Herr Werner weist darauf hin: das auf dem Weg vom Sportplatz zur Gartenanlagen durch die Baumaßnahme zusätzliche Schäden entstanden sind (Seiteneingang Sportplatz). Er regt an, dass sich die Verwaltung das mal ansieht und prüft, was man machen kann.

Auftrag an die Verwaltung: Prüfung Weg zur Gartenanlage am Sportplatz!

TOP 14

Mitteilungen

Herr Bartl verweist darauf: dass zu den Kündigungen Garagenpacht bereits in der Einwohnerfragestunde ausführlich geantwortet wurde und auch zur Baumaßnahme Papenbeek wurden bereits Ausführungen gemacht.

Herr Sorge informiert die Bauausschussmitglieder darüber, dass zwei Monate nach der Eröffnung des Spielplatzes am Klosterberg nunmehr endlich auch die letzten Spielgeräte aufgestellt werden können. Die zuständige Baufirma hat dies zugesichert.

Sorge
Ausschussvorsitz

Knebler
Protokollführung